

# Blickpunkt Niedersachsen

Sonderausgabe zum Landesverbandstag 2004 in Celle

**Mitgliederinformation der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Niedersachsen e.V.**

## Neuwahlen - DSTG wählt Führungsspitze für die nächsten 4 Jahre

Die 144 stimmberechtigten Delegierten auf dem Landesverbandstag der DSTG Niedersachsen in Celle haben am 06. September 2004 den Kollegen Jürgen Hüper (Nds. Finanzministerium) mit einem überwältigenden Wahlergebnis von **96,53 %** (139 Ja-Stimmen) in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt.

Ihm zur Seite wurden in den Geschäftsführenden Vorstand von der Versammlung gewählt:

- als stellvertretende Landesvorsitzende: die Kollegin Heike Bischoff (FA Syke, 120 Ja-Stimmen) und die Kollegen Günther Abeling (FA Nienburg, 116 Ja-Stimmen) und Dr. Thorsten Eichenauer (Nds. Finanzministerium, 134 Ja-Stimmen).
- als Beisitzer im Geschäftsführenden Landesvorstand: die Kollegin Uschi Japtok (FA Hannover-Nord, 135 Ja-Stimmen), sowie die Kollegen Bernd Borgfeld (FA Hannover-Nord, 121 Ja-Stimmen) und Reiner Kuchler (FA Cuxhaven, 133 Ja-Stimmen).

Danach wurden auch die 10 Beisitzerpositionen im Landesvorstand besetzt.



Der neue Geschäftsführende Landesvorstand bei der Arbeit - die erste Pressekonferenz.



Der neue und alte Landesvorsitzende Jürgen Hüper nach seinem überzeugenden Wahlerfolg.

Diesem Gremium gehören nun an:

Thorsten Balster (FA Vechta), Ole Beckmann (OFD-StH), Angelika Diedrich (FA Herzberg), Marianne Erdmann (FA Fust Braunschweig), Andreas Franke (FA Hannover-Land II), Kerstin Hübner (FA Vechta), Hans-Peter Pforr (FA Delmenhorst), Markus Plachta (FA Helmstedt), Henriette Schmagar (FA Emden) und Guido Seemann (FA Stade).

Zum Ende wurden dann durch die zugehörigen Ortsverbände die Bezirksausschüsse wie folgt neu besetzt.

Hannover: Günther Abeling (Vorsitzender), Veronika Deppe, Andreas Franke, Andreas Grundmann und Angelika Podschadly.

Oldenburg: Heike Bischoff (Vorsitzende), Manfred Müller, Hartmut Hupka, Johannes Wilmes und Gerd Holthuis.

### Alimentation nach Gutsherrenart Möllring bleibt Antwort schuldig

In seiner Rede zum Landesverbandstag 2004 hat der wiedergewählte Vorsitzende Jürgen Hüper sehr deutlich gemacht, dass die Absicht, das „Weihnachtsgeld“ komplett zu streichen, das Vertrauen der Beschäftigten in der Steuerverwaltung in die Landesregierung nachhaltig zerstört hat.

Verlässliche Politik sieht anders aus, so der Kollege Hüper. Diese Politik ruft bei den Beschäftigten nichts anderes als Frust hervor. Dort, wo sich der Dienstherr immer mehr aus seiner Fürsorgepflicht herausstiehlt, muss er nicht verwundert sein, wenn sein Anspruch an die Beschäftigten auf Erbringen der vollen Leistungen immer weiter genullt wird. Die Politik verabschiedet sich vom Sozialstaat, seine Beschäftigten sind aber nicht nach Bedürftigkeit zu bezahlen, sondern sie erbringen eine Leistung, die entsprechend zu vergüten ist.



„Treue ist keine Einbahnstraße“ die Beschäftigten sind es nicht, die diesen Treueschwur brechen, vielmehr hat die Politik in den vergangenen Jahren wiederholt ihr gegebenes Wort, ihre Zusagen, ihre Versprechen gebrochen.

Nach Aussage der Politik müssen, wenn Bürgerinnen und Bürger Einschnitte hinnehmen müssen, auch Beamtinnen und Beamte Opfer bringen. Sind Beamtinnen und Beamte nicht auch Bürgerinnen und Bürger, so die Frage des Kollegen Hüper. Sind sie nicht auch an den für alle Bürgerinnen und Bürger gültigen Verschlechterungen, z.B. Abschaffung der Lernmittelfreiheit beteiligt?

Wer kann da verwundert sein, dass Lohnsteuer- und Umsatzsteuereinnahmen wegbrechen. Eine deutliche Folge daraus, dass nicht nur in Niedersachsen rd. 120.000 Beamtinnen und Beamten das Urlaubsgeld gestrichen bzw. drastisch gekürzt wurde. Die Prognose der DSTG: Derselbe Effekt wird bei der Streichung des Weihnachtsgeldes eintreten; eine Konsolidierung des Haushaltes wird so nicht

zu erreichen sein. Solange sich das Ausgabeverhalten an völlig unrealistischen Einnahmeerwartungen orientiert, wie z.B. Erwartungen an die Einnahmen aus der LKW-Maut, wird sich die Haushaltssituation nicht verändern. Das Austragen dieser Fehlkalkulationen auf dem Rücken der Beschäftigten durch Personaleinsparungen, Arbeitsverdichtung und ständige Verschlechterungen in der Besoldung und Versorgung ist unredlich, so der Kollege Hüper.

Dabei wäre mit gesetzeskonformer Arbeit die Einnahmeseite des Landeshaushaltes tatsächlich zu verbessern. Das geht aber nur mit Personal, das man nicht hat. Stattdessen wird Umsatzsteuerbetrug in Milliardenhöhe hingenommen; von Steuergerechtigkeit und Gleichmäßigkeit der Besteuerung ist keine Rede mehr. Um die Fallzahlen erbringen zu können, werden Verwaltungsanweisungen zur vereinfachten Bearbeitung der Steuererklärungen erlassen. Ein Verstoß gegen das Rechtsstaatsprinzip des Grundgesetzes, wie unser wiedergewählter Vorsitzender findet.

Um so schlimmer als die Haushaltszwänge in diesem Jahr erstmals dazu führten, dass ausgebildete Kolleginnen und Kollegen mit bestandener Laufbahnprüfung nicht übernommen und in die Sozialhilfe entlassen wurden. Personal, das hier dringend benötigt wird und das bereits für teures Geld ausgebildet wurde, hätte für das gleiche Gehalt die Einnahmesituation des Landes verbessern können.

Der öffentliche Dienst als Sparschwein der Nation? Oder auf dem Weg zur Demontage? Alle sollten bedenken, der öffentliche Dienst ist eine große Maschine, die nur läuft, wenn alle Räder richtig ineinander greifen, die ganz großen und auch die ganz kleinen. In den letzten Jahren haben die Politiker Sand in das Getriebe geworfen, mit der Folge, dass der Motor kräftig stottert. Bei Fortsetzung dieser Politik wird der Motor stehen bleiben und dann heißt die Devise „Ohne Moos nicht los“.



Kollege Hüper beendete seine Rede unter dem tosendem Beifall des Saales.



Enttäuscht waren die Kolleginnen und Kollegen von der Rede des Finanzministers Möllring. Auf die Kritik des Vorsitzenden Hüper, das Einkommen der Kolleginnen und Kollegen des mittleren Dienstes sinke teilweise unter den Sozialhilfesatz, ging der Minister nicht ein. Er hatte seinen Zuhörerinnen und Zuhörern auch nicht viel Neues zu bieten. Unter Verwendung der von ihm vorgetragenen nüchternen Zahlen, die inzwischen allen bekannt waren, machte er deutlich, dass aus seiner Sicht an der vom Kabinett vorgeschlagenen Gehaltskürzung kein Weg vorbeiführe. Die von der DSTG angesprochene Möglichkeit, über vermehrte Einnahmen zur Haushaltskonsolidierung nachzudenken, wurde von Minister Möllring abgelehnt. Statistiken hätten ergeben, dass trotz 300 Betriebsprüfern weniger die Mehrergebnisse gestiegen seien. Auf den Zuruf eines Delegierten, dann könnten ja noch weitere Betriebsprüfer abgebaut werden, musste er allerdings zugeben, auch ihm sei klar, dass Personalabbau nicht zu Mehreinnahmen führen würde.

Nicht klar allerdings schien ihm zu sein, dass nicht alle „krummen“ Fälle von den Bearbeitern sorgfältig überprüft werden können. Die GNOFÄ, so sein Einwand, verbiete eine sorgfältige Prüfung der Fälle nicht. Wie denn dann die Arbeit geschafft werden könne, wollte einer unser Kollegen wissen. Der Vorschlag von Herrn Möllring, darüber mit dem Sachgebietsleiter zu sprechen, führte zur allgemeinen Erheiterung.



Was viele empfunden haben, wurde vom stellvertretenden Bundvorsitzenden Manfred Lehmann zu Beginn seiner anschließenden Rede auf den Punkt gebracht: „Haushaltspolitik beschäftigt sich nicht nur mit Ausgaben, Haushaltspolitik ist auch Einnahmepolitik!“ Und bezogen auf die nicht übernommenen Anwärterinnen und Anwärter stellte der Kollege Lehmann ergänzend klar: „Nicht

übernommene ausgebildete Kräfte erhöhen die Kosten der Sozialhilfe, die zugegebenermaßen den Kommunen obliegt. Das Land jedenfalls braucht sie nicht mehr zu bezahlen.“ Im Sinne einer globalen Finanzpolitik ein verheerendes Vorgehen.

Weiterhin sprach Kollege Lehmann das in Niedersachsen geplante Aussteuerungsverfahren GNOFÄ an. Speziell die Länder Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen haben ein entsprechendes Verfahren bereits in Gebrauch. In Nordrhein-Westfalen haben sich nach seiner Aussage die Steuerausfälle in Grenzen gehalten; Baden-Württemberg hat sich entschlossen, das schweizerische Scannerverfahren, das auch von Niedersachsen begutachtet wurde, im Jahre 2010 einzuführen und baut zur Finanzierung und aufgrund der zu erwartenden Arbeiterleichterung bereits ab 2005 Personal ab. „Schilda könnte man, hört man dieses, tatsächlich in Baden-Württemberg vermuten“, war die Schlussfolgerung vom Kollegen Lehmann. Zu einem weiteren „Schildbürgerstreich“ könnte sich die Einführung des Alterseinkünftegesetzes ausweiten. Rein rechnerisch kann vermutet werden, dass pro Rentner, der zu „erwischen“ ist, eine Mehrsteuer von rd. 100 € festzusetzen ist. Man fragt sich nach dem Verhältnis von Aufwand zu Nutzen gerade unter dem Gesichtspunkt der immer dünner werdenden Personaldecke.

**Die Politiker aller Parteien dürfen  
eines nicht vergessen: Die Politik ist  
ohne diese weit überdurchschnittlich  
qualifizierte Steuerverwaltung nichts,  
erst infolge ihrer sach- und  
fachkundigen Arbeit fließen die  
Einnahmen, erst danach kann die  
Politik Zukunft nach ihren  
Vorstellungen gestalten.**

#### Impressum:

Herausgeber: DSTG Landesverband Niedersachsen e.V.; Verantwortlich: Jürgen Hüper, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover, Tel.: 0511/342044

FAX: 0511/3883902, e-mail: geschaeftsstelle@dstgnds.de, Internet: www.dstgnds.de

Redaktion und Layout: Uschi Japtok und Markus Plachta, Kurt-Schumacher-Str. 29, 31059 Hannover

**Sonderausgabe für den Landesverbandstag 2004**

# LANDESVERBANDSTAG 2004

## *Impressionen - Tag 1*

